

all the superiors who have more power and clients should help us achieve this; *narcissistic*, i.e. when clients are not important, the most important thing is the convenience of workers and good relations; *optimal*, i.e. seeking the main goal of an organization: clients are the most important, good interpersonal relations should be achieved so that service for clients can be better.

Lina Bartusevičienė, MSW, is a supervisor and coordinator for internships at the Vytautas Magnus University, Department of Social Work, Kaunas, Lithuania. E-Mail: lina.bartuseviciene@vdu.lt

Dr. Terese Nijole Liobikiene is a lecturer at the Vytautas Magnus University, Department of Social Work, Kaunas, Lithuania. E-Mail: nijole.liobikiene@vdu.lt

References

- Constable**, R.: Reflexions on Seven Year Centre of Professional Social Welfare Workers Education. Unpublished article from Caritas archive. Kaunas 1997
- Duck**, S.; Kirkpatrick, Ch.; Foley, M.K.: Relating Difficulty. London 2006
- Ganesh**, Shiv: Organizational Narcissism. Technology, Legitimacy, and Identity in an Indian NGO. In: Management Communication Quarterly 4/2003, pp. 558-594
- Giedraitienė**, E.; Leliūnienė, I.; Rupšienė, L.: Socialinių darbuotojų / pedagogų rengimas Lietuvoje. In: Pedagogika 3/2006, pp. 64-73 (<https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=213674>; accessed at 12.6.2017)
- Jaskytė**, K.; Kisieliénė, A.: Organizational Factors, Leadership Practices, and Adoption of Technological and Administrative Innovations: an Exploratory Study of Lithuanian Non-Profit Social Service Organizations. In: European Journal of social Work 3/2006, pp. 21-37
- Liobikienė**, N.: Development of Non-Government Organizations in Lithuania 1989-2002. Kaunas 2008
- Satir**, V.; Banmen, J.; Gerber, J.: The Satir Model. Palo Alto 1991
- Šaulauskas**, M.P.: Socialinė kaita: metodologija ir bendrošios tendencijos / Socialiniai pokyčiai: Lietuva, 1990/1998. Vilnius 2000
- Sztompka**, P.: The Sociology of Social Change. Oxford and Cambridge 2003
- Teater**, B.: An Introduction to Applying Social Work Theories and Methods. Maidenhead 2010

ALLGEMEINES

Gesellschaftlicher Aufstieg und Abstieg. Um die subjektive Wahrnehmung der intergenerationalen sozialen Mobilität zu erforschen, führte die Konrad-Adenauer-Stiftung im Herbst 2016 eine Studie durch, die auf einer repräsentativen Erhebung mit 2 211 Teilnehmenden und 82 qualitativen Leitfadeninterviews basiert. Dabei wurde es den Befragten überlassen, ob sie die Einschätzung ihrer gesellschaftlichen Position an ihre Erwerbstätigkeit oder an andere Kriterien, wie beispielsweise die familiäre Situation, knüpfen wollten. Im Blickfeld der nach dem politischen Wahlverhalten differenzierenden Untersuchung standen der Aufstieg im Vergleich zu den Eltern, dessen Relevanz, die für einen beruflichen Erfolg förderlichen Rahmenbedingungen, die Zukunftserwartungen und die Lebenszufriedenheit. Wie sich herausstellte, betrachten sich 43 % der Befragten als Aufsteigerinnen und Aufsteiger, 45 % sehen sich auf dem gleichen Status wie die Eltern und nur 5 % stuften sich als Absteigerinnen und Absteiger ein. Die wichtigste Rolle für ein gutes Leben spielten die Gesundheit, die Familie und die Partnerschaft, während beruflichen und finanziellen Aspekten ein eher nachrangiger Stellenwert beigemessen wurde. Download der Studie unter www.kas.de/wf/de/33.49017. Quelle: BFS-Trendinfo 7/2017

Europäisches Jahr 2018. Im Rahmen der seit dem Jahr 1983 ausgerufenen Europäischen Jahre fördert die Europäische Kommission Projekte, die zu den jeweils gewählten Themen durchgeführt werden. Nachdem in den Jahren 2016 und 2017 keine Europäischen Jahre stattfanden, wird sich das Europäische Jahr 2018 unter dem Motto „Sharing Heritage“ dem Europäischen Kulturerbe widmen, um die gemeinsamen Wurzeln und Werte sichtbar werden zu lassen und eine möglichst weitgehende Teilhabe am kulturellen Erbe zu ermöglichen. Im Mittelpunkt der von Deutschland als Mitinitiator konzipierten Aktivitäten stehen das bauliche und archäologische Erbe sowie die Entwicklung und Erprobung modellhafter Jugendfreiwilligenprojekte, die dann auf andere Stätten im In- und Ausland übertragen werden sollen. Zudem wird im Jahr 2018 die Ausstellung „Bewegte Zeiten. Archäologie in Deutschland“ im Martin-Gropius-Bau in Berlin zu sehen sein. Genaueres steht unter www.dnk.de auf der Website des Nationalen Komitees für Denkmalschutz. Quelle: BRANDaktuell-Newsletter Nr. 7/2017

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Am 28. Juni dieses Jahres fand in Berlin die Auftaktveranstaltung für den Aufbau des DeZIM statt. Zu dessen Gründungsmitgliedern gehören das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität und weitere universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in ganz Deutschland. Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses stehen die Fluchtursachen,

die Werte und Einstellungen der geflüchteten Menschen und mögliche Hindernisse für deren Integration. Die formelle Eröffnung des DeZIM ist für Ende dieses Jahres vorgesehen. Quelle: Pressemitteilung des Landes Berlin vom 29.6.2017

Aktionswoche für Menschen mit Demenz. Vom 18. bis 24. September findet dieses Jahr zum dritten Mal die bundesweite Aktionswoche für Menschen mit Demenz statt. Im Vordergrund der von der nationalen Allianz für Menschen mit Demenz und dem Deutschen Städtetag ausgerichteten Veranstaltung steht das Anliegen, die Gesellschaft für die Belange der Betroffenen zu sensibilisieren und mehr Verständnis und Unterstützung für diese und ihre Angehörigen zu erreichen. Plakate können unter der Web-Anschrift www.allianz-fuer-demenz.de (Service/Meldungen) heruntergeladen werden. Quelle: Städtetag aktuell 7/2017

Broschüre zur Bundestagswahl in einfacher Sprache. Für Personen mit kognitiven Einschränkungen und Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, hat die Bundeszentrale für politische Bildung eine in einfacher Sprache gehaltene Broschüre zur Bundestagswahl am 24. September dieses Jahres herausgegeben. Erklärt werden unter anderem der Ablauf des Wahlkampfs, die Stimmabgabe, die Funktionen von Erst- und Zweitstimme, die Bedeutung der Fünf-Prozent-Hürde und die Bildung einer Koalition. Wer die Broschüre postalisch bestellen möchte, kann einen an sich selbst adressierten, mit einer Ein-Euro-Briefmarke frankierten A-4-Briefumschlag an folgende Anschrift schicken: Sozialverband Deutschland (SoVD), Stichwort „Einfach Politik“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Aus dem Internet kann die 40-seitige Handreichung unter www.bpb.de (Politik/Grundfragen/Politik: Einfach für alle/Bundestagswahl 2017) als pdf-Datei heruntergeladen werden. Quelle: SoVD Soziales im Blick, Juli/August 2017

SOZIALES

Psychosoziale Hilfe für Asylsuchende. Mit dem Ziel, geflüchteten Menschen Strategien für die Bewältigung von Fluchterlebnissen zu vermitteln, starteten die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen und das Krankenhaus St. Josef ein Modellprojekt zur psychosozialen Hilfe für Asylsuchende in Schweinfurt. Das Team der im März dieses Jahres entstandenen „Ambulanz für seelische Gesundheit St. Josef“ besteht aus einer Psychologin und derzeit drei geschulten Ehrenamtlichen, die vor einiger Zeit selbst aus Syrien, Somalia und dem Iran geflohen sind und die Muttersprachen ihrer Klientinnen und Klienten sprechen. Diese können nach einem individuellen Eingangsgespräch an einem Gruppenprogramm teilnehmen, das dreimal jeweils 90 Minuten über einen Zeitraum von drei Wochen stattfindet. Bei einem weitergehenden Hilfebedarf werden die Betroffenen in professionelle

Strukturen vermittelt. Ausführlicheres steht im Internet unter www.aerzte-ohne-grenzen.de (Aktuelles/Meldungen/Modellprojekt Schweinfurt). Quelle: Pressemitteilung von Ärzte ohne Grenzen e.V. vom 30.6.2017

Schulden erfolgreich bewältigen. Von der Pfändung bis zur Privatinsolvenz. Von Frank Lackmann und Esther Binner. Verlag C.H.Beck. München 2017, 56 S., EUR 5,50 *DZI-E-1788*

Nach Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. gelten in Deutschland etwa sechs bis sieben Millionen Menschen als überschuldet, was bedeutet, dass sie nach Abzug der Lebenshaltungskosten ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen können. Diese Broschüre informiert Betroffene über ihre Rechte und zeigt auf, welche Möglichkeit sie haben, sich von ihren Schulden zu befreien. Im Einzelnen geht es um Fragen der Pfändung, um die Modalitäten im Hinblick auf das Pfändungsschutzkonto und um den Schutz der Altersvorsorge vor der Zwangsvollstreckung. Darüber hinaus finden sich hier Hinweise zur außergerichtlichen Einigung durch einen Vergleich, zum Privatinsolvenzverfahren und zur Arbeitsweise von Kreditauskunfteien wie beispielsweise der Schufa. Die Handreichung wird durch ein kleines Lexikon, ein Formular für einen monatlichen Haushaltsplan sowie Internet-Links zu einigen Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen vervollständigt. Bestellanschrift: Verlag C.H.Beck, Postfach 400340, 80703 München, Tel.: 089/381 89-0, Internet: www.beck.de

Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen. Zum 1. Juli dieses Jahres wurden die Pfändungsfreigrenzen für verschuldeten Menschen erhöht und liegen nun bei 1 133,80 Euro für Einzelpersonen ohne Unterhaltsverpflichtung. Für die erste Person, der Unterhalt bezahlt wird, erhöht sich der genannte Betrag um 350 Euro monatlich und um 195 Euro für die zweite bis fünfte Person, die Unterhalt bekommt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lag die durchschnittliche Wartezeit für einen Termin bei einer Schuldnerberatungsstelle im vergangenen Jahr bei durchschnittlich zehn Wochen. Quelle: BtPrax-Newsletter 7/2017

Modellprojekt für wohnungslose Menschen. Mit Blick auf die schwierige Situation wohnungsloser Menschen hat das Institut für Forschung und Weiterbildung der Hochschule Koblenz von Dezember 2014 bis Ende März 2017 das vom rheinland-pfälzischen Sozialministerium finanzierte Modellprojekt „Schnittstellenmanagement in der Wohnungslosenhilfe“ realisiert. Die Ergebnisse der auf einem speziellen Case Management basierenden Maßnahme wurden am 8. Juni dieses Jahres auf einer Fachtagung in Mainz vorgestellt. Es habe sich gezeigt, dass Wohnungslosigkeit meist mit gesundheitlichen und sozialen Problemen wie beispielsweise psychischen Erkrankungen, Überschuldung oder Langzeitarbeitslosigkeit einhergeht. Wichtig für die Soziale Arbeit in der

Wohnungslosenhilfe sei daher die Vernetzung mit dem Jobcenter und der Sucht- und Schuldnerberatung. So konnte man 90 % der insgesamt 63 Teilnehmenden durch eine Integration in den Arbeitsmarkt oder eine Vermittlung in weiterführende Hilfen wie beispielsweise eine Entwöhnungsbehandlung unterstützen. Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 8.6.2017

Vermögensschonbeträge in der Sozialhilfe. Zum 1. April 2017 wurde der Vermögensschonbetrag in der Sozialhilfe für jede volljährige, leistungsberechtigte Person von 2 600 Euro auf 5 000 Euro angehoben. Auch Angehörige einer sozialhilferechtlichen Bedarfsgemeinschaft, wie vor allem Ehe- und Lebenspartner sowie alleinstehende Minderjährige, erhalten einen Freibetrag von jeweils 5 000 Euro. Für Menschen, denen Unterhalt bezahlt wird, erhöht sich das nicht angerechnete Vermögen um 500 Euro. Die Neuregelung begünstigt alle Beziehenden von Leistungen nach dem zwölften Sozialgesetzbuch, also auch Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen, soweit sie auf Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung angewiesen sind. Quelle: Lebenshilfe Zeitung Juni 2017

GESUNDHEIT

Rehabilitation nach psychischer Erkrankung.

Nach Erkenntnissen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat die Zahl der Reha-Leistungen für Menschen mit einer psychischen Erkrankung in den letzten zehn Jahren stark zugenommen. So habe die Deutsche Rentenversicherung im Jahr 2016 insgesamt 156 500 stationäre Rehabilitationsleistungen für seelisch erkrankte Menschen bewilligt. Im Jahr 2015 habe die Zahl noch bei 155 000 gelegen gegenüber 92 750 im Jahr 2006. Bei den Diagnosen handelte es sich vorwiegend um depressive Störungen und Angsterkrankungen. Rund 85 % der Betroffenen sei durch die Rehabilitation eine Eingliederung in das Berufsleben ermöglicht worden. Quelle: BDH Kurier 7/8/2017

Pflege organisieren und finanzieren. Eine Orientierungshilfe für Angehörige. Von Wolfram Friedel und Cornelia Petz. Verlag C.H.Beck. München 2017, 64 S., EUR 5,50 *DZI-E-1786*

Menschen, die eine Angehörige oder einen Angehörigen pflegen, sehen sich häufig mit einer Fülle rechtlicher und organisatorischer Fragen konfrontiert. Mit dem Anliegen, Betroffenen zielgerichtet und schnell zu helfen, bietet diese neu aufgelegte Broschüre einen gut verständlichen Überblick über die aktuell zur Verfügung stehenden Unterstützungsangebote. Im Blickfeld stehen zunächst grundlegende Entscheidungen wie beispielsweise die Beantragung eines Pflegegrades und die Auswahl der Pflegepersonen und des Pflegeortes. Anschließend folgen Hinweise zur Beratung, zu einigen ambulanten Diensten und zu den Leistungen der Pflegeversicherung, um dann

auf das Pflegeunterstützungsgeld sowie die Vorgaben des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes einzugehen. Darüber hinausgehende Anmerkungen betreffen mögliche Varianten der rechtlichen und finanziellen Absicherung wie beispielsweise die Vorsorgevollmacht, die Patientenverfügung, die Rentenversicherung, die Pflegeversicherung, die Grundsicherung und das Wohngeld. Checklisten und ein Musterschreiben erleichtern die Bewältigung der anfallenden Aufgaben. Bestellanschrift: Verlag C.H.Beck, Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: 089/381 89-0, Internet: www.beck.de

Medizinische (Sucht-)Rehabilitation. Der Fachverband Sucht (FVS) hat im Juli dieses Jahres Eckpunkte für eine qualitativ hochwertige medizinische (Sucht-)Rehabilitation und eine sektorenübergreifende Vernetzung in Deutschland vorgelegt. Wichtig seien bedarfssadäquate Rehabilitationsleistungen, niedrigschwellige Informationen sowie Unterstützung bei der Antragstellung und bei der Auswahl einer geeigneten Rehabilitationseinrichtung. Darüber hinaus bedürfe es geeigneter Nachsorgeangebote, einer Begleitung bei der gesellschaftlichen Reintegration und einer Verbesserung des Schnittstellenmanagements mit anderen Sektoren des Sozial- und Gesundheitswesens. Auch die Früherkennung und die Frühintervention bei substanzbezogenen Störungen seien auszubauen. Die komplette Stellungnahme des FVS steht im Internet unter www.sucht.de (Stellungnahmen) als Download zur Verfügung. Quelle: DVSG-Newsletter vom 19.7.2017

Digitale Hausapotheke. Patientinnen und Patienten, die sich schwertun, ihre Medikamente verschreibungs-gemäß einzunehmen, können seit Kurzem die Dienste der kostenlosen Smartphone-App „Digitale Hausapotheke“ in Anspruch nehmen. Nach dem Scannen der Arzneimittelpackung und dem Eingeben des individuellen Einnahmeplans erstellt die App einen stets griffbereiten Medikationsplan, der bei Arztbesuchen oder in der Apotheke dabei hilft, eventuelle Unverträglichkeiten und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Medikamenten leichter zu erkennen. Zudem besteht die Möglichkeit, sich an eine anstehende Arzneimittelneinnahme erinnern zu lassen und individuelle Notizen hinzuzufügen. Täglich neue Gesundheitsinformationen und Tipps zum Umgang mit der jeweiligen Krankheit ergänzen den Service. Die App ist sowohl für iOS als auch Android verfügbar und kann im AppStore (iOS) oder über GooglePlay (Android) heruntergeladen werden. Näheres steht im Internet unter www.digitale-hausapotheke.de. Quelle: Pressemitteilung von beipress vom 10.7.2017

Vorschläge für eine zukunftsfähige Pflege. Die in den letzten Monaten unter Leitung der Evangelischen Heimstiftung entstandene bundesweite Initiative „Pro-Pflegereform“ setzt sich mit konkreten Vorschlägen für eine Weiterentwicklung der Pflege ein. Empfohlen

werden beispielsweise die Verringerung des finanziellen Risikos durch eine Pflegeteilkaskoversicherung, eine stärkere Einbindung Angehöriger und ehrenamtlicher Kräfte, ein höheres Personalaufkommen und eine Förderung der pflegerischen Infrastruktur in den Kommunen. Träger stationärer oder ambulanter Pflegeeinrichtungen, deren Bundes-, Landes- und Fachverbände sowie Interessenverbände, die sich im Pflegebereich engagieren, können sich auf der Homepage www.pro-pflegereform.de registrieren, um an den Reformbestrebungen mitzuwirken. Quelle: *Das Magazin. Aus der Heimstiftung 1/2017*

JUGEND UND FAMILIE

Förderung des seelischen Wohlbefindens von Kindern in der Kita. Seit Januar dieses Jahres fördert die Techniker Krankenkasse die Realisierung des Programms „Schatzsuche“ in niedersächsischen Kindertagesstätten. Im Rahmen der von der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG) entwickelten, in mehreren Bundesländern angelaufenen Initiative werden Eltern, Erzieherinnen und Erziehern Praxiskompetenzen für eine gezielte Resilienzförderung bei Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren vermittelt. Die Fortbildung besteht aus insgesamt sechs zweieinhalbstündigen Treffen, die von zertifizierten Kita-Fachkräften moderiert werden. Dabei geht es um das Erkennen von Ressourcen und Entwicklungschancen, um den Alltag in der Familie, um die Konfliktlösung und die Kultivierung einer empathischen Haltung. Wer sich für das Angebot interessiert, kann sich noch bis zum 8. September zu einer am 22. September 2017 in Hamburg stattfindenden Fachtagung anmelden. Siehe auch www.schatzsuche-kita.de. Quelle: *impu/see Juni 2017*

10 Jahre Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH). Um Kinder durch eine Vernetzung des Gesundheitswesens mit der Kinder- und Jugendhilfe wirksam vor Gefährdungen zu schützen, hat das Bundesfamilienministerium im Jahr 2007 das in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) angesiedelte NZFH eingerichtet, das sich seit dem Jahr 2012 im Kontext des Bundeskindschutzgesetzes mit der Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen beschäftigt, den Strukturaufbau in den Ländern und Kommunen begleitet und den länderübergreifenden Austausch über die Qualifizierungs- und Qualitätsentwicklungskonzepte unterstützt. Für das Jahr 2018 plant der Bund die Etablierung der Bundesstiftung Frühe Hilfen, in der auch das NZFH einen festen Platz erhalten soll. Ein chronologischer Überblick über die Arbeit des NZFH findet sich im Internet unter www.fruehelihilfen.de (Wir über uns/10 Jahre NZFH). Quelle: *Pressemitteilung der BZgA vom 13.7.2017*

Qualität der frühen Bildung. Bei 50 Dialogveranstaltungen zur frühen Bildung in ganz Deutschland holte das Programm „Qualität vor Ort“ die Stimmen von ins-

gesamt 2 546 Menschen ein, die direkt oder indirekt mit oder für Kinder von 0 bis 6 Jahren arbeiten. Die Praxis der Kindertagesbetreuung war mit einem Anteil von zirka 72 % besonders stark vertreten. Darüber hinaus startete das Programm im Januar 2016 eine Online-Umfrage, in der Eltern, Fachkräfte und andere Akteure der frühen Bildung die Qualität in Kitas und Kindertagespflegestellen in ihrer Region einschätzen konnten. Mit dem Programm soll herausgefunden werden, was Qualität in der Kita und in der Tagespflege bedeutet. Es wurde gefragt, wie allen Kindern bestmögliche Zukunftschancen von Anfang an eröffnet werden können und was die Durchsetzung von Ansprüchen an Qualität verhindert beziehungsweise ermöglicht. An der Umfrage nahmen 3 482 Personen teil. Die Auswertung der 50 Veranstaltungen und der Umfrage dieses von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Jacobs Foundation getragenen Projekts liegt nun als Bericht vor und kann im Internet unter https://www.qualitaet-vor-ort.org/wp-content/uploads/2017/06/Bericht_Stimmen-f%C3%BCr-Qualit%C3%A4t-in-der-fr%C3%BCheren-Bildung.pdf abgerufen werden. Quelle: *Pressemitteilung der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung vom 31.7.2017*

Informationstool für Familienleistungen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat am 4. August 2017 das „Informationstool Familienleistungen“ – www.infotool-familie.de – freigeschaltet. Mithilfe dieses neuen digitalen Angebotes können (werdende) Eltern und Familien durch die Eingabe von nur wenigen Angaben herausfinden, welche Familienleistungen und gegebenenfalls weitere Unterstützungsangebote für sie infrage kommen. Darüber hinaus erfahren Familien, wo und unter welchen Voraussetzungen die Leistungen beantragt werden können. Dieses Angebot wird Stück für Stück ausgebaut und an die aktuellen Gesetzeslagen angepasst und ist gleichermaßen für Tablet und Smartphone optimiert. Noch in diesem Jahr wird es Schritt für Schritt möglich sein, Elterngeld als erste familienpolitische Leistung online zu beantragen. Das Projekt ist eine zentrale Maßnahme im Rahmen des Arbeitsprogramms Bessere Rechtsetzung 2014 (Thema Bürokratieabbau) und der Digitalen Agenda 2014-2017 der Bundesregierung. Quelle: *Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 4.8.2017*

Änderung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes. Am 29. Juni dieses Jahres hat der Bundestag das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz beschlossen, das zum 1. Januar 2018 in Kraft treten soll. Jedoch waren vom Familienausschuss einige strittige Passagen aus der Gesetzesvorlage entfernt worden. Dabei handelte es sich um eine Vorgabe, nach der bereits bei Beginn eines Pflegeverhältnisses festgelegt werden sollte, wie lange ein Kind bei den Pflegeeltern bleiben werde, und um eine Bestimmung, nach der Gerichte auch gegen den

Willen der leiblichen Eltern die Unterbringung eines Kindes in einer Pflegefamilie anordnen können sollten. Beibehalten wurde die Festlegung einer verbesserten Heimaufsicht und wirksamerer Schutzkonzepte gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch. Dabei sollen Ärztinnen und Ärzte verstärkt in die Einschätzung von Gefährdungssituationen einbezogen werden. Kinder und Jugendliche erhalten einen uneingeschränkten Anspruch auf Beratung durch die Kinder- und Jugendhilfe verbunden mit der Möglichkeit, sich zur Sicherstellung ihrer Rechte an entsprechende Ombudsstellen zu wenden. Quelle: Das Parlament vom 3.7.2017

Mehr Kinder bei Alleinerziehenden. Nach auf den Mikrozensus gestützten Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden ist die Anzahl minderjähriger Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen, von rund 1,9 Mio. (11,9 %) im Jahr 1996 auf aktuell 2,3 Mio. (18 %) angestiegen. Zu beobachten seien deutliche regionale Unterschiede. So habe sich der Anteil in Westdeutschland von 10,7 % im Jahr 1996 auf 16,3 % im Jahr 2015 erhöht, während sich in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von 16 % auf 24,9 % ergab. Ermittelt werden konnte auch, dass es sich bei den Alleinerziehenden im Westen meist um geschiedene, im Osten dagegen mehrheitlich um ledige Elternteile handelte. Das BiB geht davon aus, dass etwa ein Drittel der Personen, die laut Statistik als Alleinerziehende gelten, in einer Partnerschaft leben, ohne einen gemeinsamen Haushalt zu führen. Quelle: Stimme der Familie 2/2017

AUSBILDUNG UND BERUF

Einführung in die Sexualpädagogik. Am 25. und 26. Oktober dieses Jahres bietet die Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V. in München eine Fortbildung in Sexualpädagogik an. Der an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Schulsozialarbeit adressierte Kompaktkurs vermittelt unter anderem Grundlagenwissen zur körperlichen und psychosexuellen Entwicklung von Jugendlichen, zur kulturspezifischen und geschlechtersensiblen sexuellen Bildung und zur Schwangerschaft, wobei auch auf Fragen der sexuellen Vielfalt und auf die Prävention von Geschlechtskrankheiten eingegangen wird. Zum Anmeldeformular geht es unter www.bayern.jugendschutz.de (Sexualpädagogik und Prävention/Fortbildungen). Quelle: Mitteilung der Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V. vom 25.7.2017

Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Arbeitgeberauffritten in sozialen Netzwerken. Laut einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 13.12.2016 müssen Arbeitgeber, die ihre Homepage mit einer Kommentarfunktion für eine Beurteilung der Mitarbeitenden ausstatten wollen, hierfür die Genehmigung des Betriebs-

rats einholen. Beschwert hatten sich die Betriebsratsangehörigen eines Blutspendedienstes, der im April 2013 eine Facebook-Seite erstellte, über die sich Blutspendende auf einer virtuellen Pinnwand über die Mitarbeitenden äußern konnten. Da auf diese Weise Kritik einging, machte der Betriebsrat geltend, diese Website sei zu stimmungspflichtig. Die Forderung wurde zunächst vom Landesarbeitsgericht Düsseldorf zurückgewiesen. Hierauf ging der Kläger beim Bundesarbeitsgericht in Revision, das befand, die Postings könnten zu einer Überwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch eine technische Einrichtung führen, weshalb dem Betriebsrat für diesen Teil des Internetauftritts ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen sei. Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung vom 20.6.2017

Ausbildung für 24-Stunden-Betreuungskräfte.

Wie aus einer im Juni dieses Jahres veröffentlichten Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht, lebt in schätzungsweise 163 000 deutschen Privathaushalten eine osteuropäische Hilfskraft für eine „Rund-um-die-Uhr“-Betreuung eines pflegebedürftigen Menschen. Um die Qualität der Begleitung zu verbessern, bieten die Hausengel-Akademie und die Springer Pflege die IHK-zertifizierte Weiterbildung „Betreuungskraft im häuslichen Umfeld“ an. Die e-learning-gestützten Kurse sind in acht Sprachen verfügbar und umfassen jeweils 230 Unterrichtseinheiten. Nähere Hinweise stehen Internet unter www.hausengel.de/hausengel-akademie und www.springerpflege.de. Quelle: Mitteilung des Hausengel Pressteams vom 26.7.2017

Promotionskolleg zum Thema „gute Arbeit“. Da die Frage nach der „guten Arbeit“ vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und technologischer Veränderungen neue Dimensionen gewinnt, haben die Hans-Böckler-Stiftung und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) im November 2016 ein auf drei Jahre angelegtes, interdisziplinäres Promotionskolleg ins Leben gerufen, das sich mit dem Thema „Gute Arbeit. Ansätze zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen“ auseinandersetzt. Untersucht werden die Arbeitsgestaltung in der digitalen Ökonomie, der Einfluss der Migration auf die Arbeitswelt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus gilt das Interesse der Gestaltung von Arbeitsbedingungen durch Mitbestimmung, Tarifpolitik und Gesetzgebung, der Entlohnung und dem europäischen Vergleich. Das Forschungsprojekt zielt darauf ab, diese bisher meist getrennt untersuchten Aspekte in einen Zusammenhang zu setzen. Weiteres im Internet unter www.wzb.eu (Forschung/Bereichsübergreifende Forschung). Quelle: Mitbestimmung 3/2017

Weiterbildung zum Integrationsbeauftragten. Die DEKRA Akademie bietet im Format des „Blended Learning“ einen Lehrgang zum „Integrationsbeauftragte/-r für Flüchtlinge und Migranten“ an. Der Schwerpunkt

der Weiterbildungsmaßnahme liegt auf der Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eignen sich fundierte Kenntnisse zu den Themenkomplexen Asyl, Anerkennung und Arbeitsmarktzugang an. Sie bekommen zudem eine Einführung in das Projektmanagement und erfahren mehr über die finanziellen Förderungsmöglichkeiten. Außerdem entwickeln sie interkulturelle Kompetenz und verbessern ihre Fähigkeiten in der Gesprächsführung. Die abschließende Projektarbeit garantiert einen hohen Praxisbezug des Kurses. In diesem Blended-Learning-Lehrgang werden Präsenzveranstaltungen mit E-Learning-Elementen kombiniert, so dass die fachliche und pädagogische Begleitung über die Learning Community erfolgen kann. Am 14.9.2017 beginnt der erste Lehrgang am Standort Augsburg, weitere Kurse an anderen Standorten sind geplant. Informationen sind unter der URL www.dekra-akademie.de/integrationsbeauftragter erhältlich. Quelle: Pressemitteilung der DEKRA Akademie vom 27.7.2017

Referent für menschenrechtsbasierte Behindertenpolitik. Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL) hat die Ausschreibung unterlagen für die Schulung zur Referentin beziehungsweise zum Referenten für menschenrechtsbasierte Behindertenpolitik veröffentlicht. Das Qualifizierungsangebot richtet sich an schwerbehinderte und gleichgestellte Personen, die bisher ehrenamtlich engagiert oder bereits als Fachkräfte tätig sind. Die Weiterbildung der ISL startet Anfang November in Erkner bei Berlin mit dem ersten von zwei Präsenzseminaren. Gelehrt werden dort theoretische und praktische Grundlagen wie etwa barrierefreie Kompetenzen der Wissensvermittlung. Ergänzend kommt ein Selbststudienanteil hinzu. In diesem E-Learning-Anteil des Qualifizierungsangebotes werden die UN-Behindertenrechtskonvention, eine Einführung in die Menschenrechtstheorie, ein Überblick über das deutsche Sozialrecht, das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), das SGB IX und das Bundesbehindertengesetz vermittelt. Zudem werden die Konzepte von Empowerment, Ableismus, Persönlicher Assistenz und Peer Counseling bis hin zu Anforderungen an den inklusiven Arbeitsmarkt und das Persönliche Budget behandelt. Detaillierte Informationen zur Ausschreibung und zum Projekt „CASCO – Vom Case zum Coach“, das aus Mitteln des Ausgleichsfonds finanziell gefördert wird, gibt es unter <http://casco.isl-ev.de/ausschreibung-casco-seminar>. Anmeldeschluss ist der 15.10.2017. Quelle: Pressemitteilung der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. vom 18.7.2017

13.10.2017 Schwalmstadt-Treysa. Fachtag: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Mädchen im Blick. Information: IGfH Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86 14, E-Mail: sabine.isenmann@igfh.de

14.10.2017 Wiesbaden. Fachtag der Fachgruppe Promotionsförderung der DGSA. Information: Prof. Dr. Rudolf Schmitt, Hochschule Zittau/Görlitz, Fakultät für Sozialwissenschaften, Postfach 300 648, 02811 Görlitz, E-Mail: r.schmitt@hszg.de

16.10.2017 Berlin. Fachtagung: Uneinbringliche Geldstrafen erfolgreich tilgen. Tilgungsvarianten zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen. Information: Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e.V., Bundesallee 42, 10715 Berlin, Tel.: 030/86 47 13-0, E-Mail: info@sbh-berlin.de

19.-20.10.2017 Kassel. DVSG-Bundeskongress 2017: Teilhabe sozial denken und gestalten. Information: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V., Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/39 40 64 54-0, E-Mail: bundeskongress@dvsg.org

20.-21.10.2017 Sasbachwalden. Tagung: Tiergestützte Sozialarbeit. Information: Freiburger Institut für tiergestützte Therapie (F.I.T.T), Brandbach 4, 77887 Sasbachwalden, Tel.: 01 51/21 89 74 89, E-Mail: info@tierebegleiten-leben.de

25.10.2017 Luzern/Schweiz. Luzerner Tagung zum Sozialhilferecht. Information: Hochschule Luzern, Soziale Arbeit, Werftestrasse 1, Postfach 2945, 6002 Luzern/Schweiz, Tel.: 00 41/413 67 48 48, E-Mail: sozialearbeit@hslu.ch

4.-5.11.2017 Berlin. 16. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V., Postfach 1343, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 34, E-Mail: fortbildung@dgvt.de

8.-9.11.2017 Nürnberg. 19. Consozial – KongressMesse für den Sozialmarkt. Information: Besucherbüro Consozial, Rummelsberg 28, 90592 Schwarzenbruck, Tel.: 09128/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

9.-10.11.2017 Berlin. 2. Fachkongress „PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen: Wissenstransfer, fachlicher Austausch und Vernetzung“. Information: BBE gGmbH, Geschäftsstelle, Frau Anne-Kathrin Lange, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-107, E-Mail: anne-kathrin.lange@b-b-e.de